Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 8. Wahlperiode, 1971-75

(9.3.1972) Drucksache 8/81

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
8. Wahlperiode

Drucksache 8 / 81
09. 03. 72

Anfrage der Fraktion der CDU

Öffentliche Erklärung der Bremer Jungsozialisten in der SPD zu dem Beschluß der Ministerpräsidenten-Konferenz zur Einstellung bzw. Weiterbeschäftigung von Rechts- oder Linksradikalen im öffentlichen Dienst

Unter Bezugnahme auf das beigefügte Flugblatt der Bremer Jungsozialisten *) wird der Senat um Auskunft gebeten:

1. Teilt der Senat die Meinung der Jungsozialisten in der SPD, daß sich die Beschlüsse der Ministerpräsidenten-Konferenz, denen der Senat der Freien Hansestadt Bremen am 1. Februar 1972 beigetreten ist, gegen entschiedene Demokraten richten?
2. Teilt der Senat die Meinung der Jungsozialisten, daß die Beschlüsse der Ministerpräsidenten-Konferenz einem weitergehenden Abbau der demokratischen Rechte in allen Bereichen der Gesellschaft dienen?
3. Welche der sich mit den Jungsozialisten der Bremer SPD in der Erklärung namentlich solidarisierenden Organisationen begründen nach Meinung des Senats Zweifel an der Verfassungstreue im Sinne der „Grundsätze über die Beschäftigung von öffentlichen Bediensteten mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen", die von der „Ständigen Konferenz der Innenminister" erarbeitet wurden?

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Klein und Fraktion der CDU

---

*) Wortlaut des Flugblattes:
ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNG
Die Jungsozialisten fordern die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, die Senatsbeschlüsse zur Einstellung bzw. Weiterbeschäftigung von „Radikalen" im öffentlichen Dienst abzulehnen und nicht den Beschlüssen der Ministerpräsidenten-Konferenz beizutreten.

In diesen Beschlüssen sehen die Jungsozialisten den Versuch, entschiedene Demokraten aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten und durch solche Drohungen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst davon abzuhalten, für ihre Rechte und die Rechte der Lohnabhängigen überhaupt, einzutreten.

Die Jungsozialisten sehen diese Beschlüsse im Zusammenhang mit den Forderungen nach einem weitergehenden Abbau demokratischer Rechte in allen Bereichen der Gesellschaft, wie sie besonders durch Strauß und Barzel gefordert werden.

Bremer Jungsozialisten in der SPD

Mit dieser Erklärung solidarisieren sich:
AStA der Hochschule für Technik
SHB Universität Bremen
MSB Spartakus Bremen
Sozialistischer Schülerbund Bremen (SSB)
GEW Hochschulgruppe Universität Bremen
Rote Liste Universität Bremen
DAG Jugend Bremen
Ortsverein Altstadt (OVA) in der SPD
Landesjugendring Bremen
Stadtjugendring Bremen
Naturfreundejugend Bremen
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)
Deutsche Friedens-Union (DFU)
Deutsche Jungdemokraten Bremen
Kommunistischer Bund Bremen (KBB)
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)
Landes-Friedenskomitee Bremen
Vereinigung Bremischer Gerichtsreferendare e. V.

Carl Schünemann Bremen